

24.07.2013

## Kleine Anfrage 1458

des Abgeordneten Dirk Schatz PIRATEN

### **„Rechtsextremismus Online“ - Wachsende Anzahl rechtsextremer Internetangebote**

In Deutschland wird rechtsextreme Propaganda vorrangig und gezielt über die Sozialen Medien verbreitet. Das geht aus dem Jahresbericht 2012 von „jugendschutz.net“ hervor, der am 09. Juli 2013 in Berlin vorgestellt wurde. Demnach ist die Zahl rechtsextremer Internetangebote deutlich angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr, ist bei den Beiträgen auf interaktiven Plattformen wie Facebook oder Youtube ein Zuwachs von 50 % zu verzeichnen (5.500; 2011: 3.700). Auch der Microblogging-Dienst Twitter hat für Neonazis an Bedeutung gewonnen. So wurden im Jahr 2011 35 % mehr rechtsextreme Twitter-Accounts registriert als im Jahr zuvor. Über modern gestaltete Blogs werden rassistische und demokratiefeindliche Botschaften vermittelt. Dabei will man sich gezielt vom klassischen rassistischen Bild abgrenzen und vermeidet aus diesem Grund nationalsozialistisch geprägte Begriffe.

Auch die Möglichkeit mittels QR-Codes auf eine Website zu gelangen haben Rechtsextreme als neue Strategie erkannt, um Kinder und Jugendliche auf ihre Profile zu locken. Diese Codes werden auf Websites, Profilen von social networks, Flyern oder Aufklebern gestreut. Neu ist auch, dass rechtsextreme Apps zur Verbreitung strafbarer Symbole oder Ideologien verwendet werden. Im Gegensatz dazu ist die Anzahl der Szene-Websites hingegen gesunken, mit Ausnahme islamfeindlicher Websites (Anstieg um 60 %: 40; 2011: 25). Die Studie weist darauf hin, dass hierfür Themen wie Migration und aktuelle Konflikte im Nahen Osten zur Stimmungsmache instrumentalisiert werden.

Die effektivste Maßnahme gegen rechtsextreme Angebote bleibt laut Studie, die sofortige Entfernung unzulässiger Inhalte aus dem Netz. Rechtsextreme suchen jedoch immer wieder nach Möglichkeiten ihre Ideologien ohne die Gefahr rechtlicher Konsequenzen zu verbreiten. So werden strafrechtlich relevante Inhalte oft durch ausländische Serverstandorte vor dem Zugriff deutscher Behörden geschützt.

Datum des Originals: 24.07.2013/Ausgegeben: 24.07.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen den NRW-Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets durch rechtsextreme Gruppierungen mit der Intention der Rekrutierung neuer Anhänger und Mitglieder, insbesondere durch soziale Netzwerke vor?
2. Welche Erkenntnisse haben die NRW-Sicherheitsbehörden über die Nutzung des Internets durch rechtsextreme Gruppierungen zur Begehung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten?
3. Gibt es eine Zusammenarbeit mit ausländischen Ermittlungsbehörden, um die Aufklärung von Straftaten mit rechtsextremem Inhalt im Internet auch dann zu ermöglichen, wenn der Server, über den die strafrechtlich relevanten Inhalte verbreitet werden, ein ausländischer ist?
4. In wie vielen Fällen wurden im Zeitraum 2010 bis heute ausländische Behörden um Rechtshilfe wegen Ermittlungsangelegenheiten im Internet ersucht (bitte auflisten nach Vorwurf und Resultat)?
5. In welchem Umfang wurden bislang Programme des Landes Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet sowie zur Verbesserung der Medienkompetenz an Schüler, Lehrer und Eltern herangetragen?

Dirk Schatz